

Protokoll

über die Sitzung

**des Rates der Gemeinde Friedeburg
am Donnerstag, dem 28.03.2019, 19:30 Uhr,
im "Gasthaus Wilken am See" in Etzel, Friedeburger Str. 19**

Anwesend:

→ Ratsmitglieder

Wolfgang Hoffmann, Friedeburg (Vorsitzender)
Helfried Goetz (Bürgermeister)
Peter Assing, Friedeburg
Hermann Behrends, Hesel
Maike Behrens, Friedeburg
Arthur Engelbrecht, Marx
Björn Fischer, Marx
Stefan Gaidies, Friedeburg
Thomas Gerbracht, Bentstreek
Olaf Gierszewski, Horsten
Detlef Grüßing, Bentstreek
Andreas Haak, Etzel
Frauke Heeren, Reepsholt
Elke Hildebrandt, Wiesede
Thorsten Hyda, Friedeburg
Gudrun Jeske, Reepsholt
Walter Johansen, Horsten
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg
Stefan Meyer, Horsten
Hartmut Onken, Friedeburg
Burkhard Putschke, Friedeburg
Habbo Reents, Dose
Doris Stehle, Horsten
Klaus Zimmermann, Wiesedermeer

→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich

Dennis Harms, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

GOR Hans-Werner Arians
GAR Roland Abels
GA Nils Janßen (zugleich Protokollführer)

Entschuldigt fehlten Rfrau Maike Eilers, Rfrau Kirsten Gestrost und Rh. Henning Weißbach.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19.30 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 15.03.2019 zur Sitzung eingeladen worden und der Rat beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 04.12.2018 und 06.02.2019

Die Protokolle der Sitzungen vom 04.12.2018 und 06.02.2019 wurden mit 22 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Herr R. aus Etzel erkundigte sich, warum sich die Gemeinde für die Kalkulation der Friedhofsgebühren eines externen Büros bediene und die Arbeiten nicht von der Verwaltung selbst wahrgenommen würden. Er fragte, welche Kosten der Verwaltung in den Jahren 2017 und 2018 für die Inanspruchnahme externer Beratungen entstanden und welche Kosten im vorliegenden Haushalt eingeplant seien. Der BM erklärte, dass die Gebührenkalkulation für die Friedhöfe seit vielen Jahren von einem externen Büro wahrgenommen werde. Das Büro verfüge über die erforderlichen Grunddaten, so dass es wirtschaftlicher sei, diese Arbeiten auch weiterhin von dem Büro ausführen zu lassen. Dass sich Kommunen der Hinzuziehung externer Berater bediene, sei völlig normal. Die Gemeinde beschäftige keinen Juristen und sei daher zum Teil auf externen Sachverstand angewiesen. Er könne es aktuell nicht beziffern, wie viel die Gemeinde Friedeburg in den beiden vergangenen Jahren für eine externe Beratung ausgegeben habe. Hierfür sei auch genau zu definieren, was als externe Beratung definiert werde. Auch in diesem Jahre werde die Gemeinde auf externe Berater zurückgreifen.
2. Herr R. aus Etzel wies darauf hin, dass das Entwässerungsproblem trotz der im letzten Jahr ausgeführten Sanierungsarbeiten in der Mühlenbergsstraße nicht komplett behoben worden sei. Der BM erklärte, dass im letzten Jahr aufgrund nur begrenzt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel zunächst ein Teilbereich saniert worden sei. Es sei bekannt, dass in einem weiteren Bereich noch Handlungsbedarf bestehe. Dieser müsse fachlich und vernünftig geplant werden, da dort keine leitungsgebundene Entwässerung möglich sei, sondern vor Ort eine Versickerungsmöglichkeit gefunden werden müsse.

**TOP 6 Ernennung Ortsbrandmeister Friedeburg
Vorlage: 2019-022**

Rh. Lohfeld sprach sich für die Ernennung von Marcel Kaul aus. Er freue sich, dass Herr Kaul bereit sei, für eine weitere Amtszeit die große Verantwortung für die Schwerpunktfeuerwehr Friedeburg zu übernehmen. Bei der ersten Ernennung sei Herr Kaul der jüngste Ortsbrandmeister im Landkreis Wittmund gewesen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 12.02.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Herr Marcel Kaul, geb. am 28.03.1987, wird zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Friedeburg ernannt. Er wird für die Zeit vom 01.06.2019 bis zum 31.05.2025 in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

TOP 7 Ernennung Ortsbrandmeister Marx
Vorlage: 2019-021

Rh. Engelbrecht freute sich im Namen der Marxer Bürgerinnen und Bürger und im Namen der CDU-Fraktion über die Bereitschaft von Frank Schlegel, für weitere sechs Jahre das Amt als Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Marx zu übernehmen. Er wünscht ihm die richtige Hand zur Führung seiner Feuerwehrkameraden.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 12.02.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Herr Frank Schlegel, geb. am 02.10.1974, wird zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Marx ernannt. Er wird für die Zeit vom 01.04.2019 bis zum 31.03.2025 in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

TOP 8 Ernennung stellv. Ortsbrandmeister Etzel
Vorlage: 2019-020

Rh. Haak erklärte, dass Matthias Meyer aus familiären Gründen heute nicht an der Ratssitzung teilnehmen könne. Seiner Ernennung werde im Zusammenhang mit der Verabschiedung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters Wilhelm Varenhorst nachgeholt. Matthias Meyer löse den langjährigen stellvertretenden Ortsbrandmeister ab. Mit Christian Schweer als Ortsbrandmeister und Matthias Meyer habe die Ortsfeuerwehr ein junges Führungsteam und würdige Nachfolger gefunden.

Aufgrund des bereits erfolgreich abgeschlossenen Gruppenführerlehrgangs wurde mit 24 Ja-Stimmen folgender abgeänderter Beschluss gefasst:

Matthias Meyer, geb. am 04.03.1983, wird zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Etzel ernannt. Er wird für die Zeit vom 15.04.2019 bis zum 14.04.2025 in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

Im Anschluss an die Beschlussfassung ernannte der BM Herrn Marcel Kaul zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Friedeburg und Herrn Frank Schlegel zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Marx.

TOP 9 Haushaltssatzung und -plan 2019 und Bildung einer Rückstellung für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: 2019-033

Der BM hielt zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2019 die als Anlage beigefügte Haushaltsrede.

Rh. Fischer wies darauf hin, dass mit dem Haushaltsplan der Kurs der Gemeinde grundlegend festgelegt werde. Von Seiten der CDU-Fraktion wäre eine Haushaltskonsolidierungsrunde begrüßt worden. Er dankte dem Kämmerer und der Fachdienstleiterin Nicole Meyer für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung. Auch wenn die ordentliche Ergebnisrechnung mit einem Jahresüberschuss von knapp 12.000,-- € abgeschlossen werden könne, sei ein Ausgleich im Finanzplan nur über Kreditaufnahmen möglich. Ein Großteil der Investitionen sei als Pflichtaufgaben zu tätigen, die zum großen Anteil fremdbestimmt seien und bei denen auch keine Rückflüsse zu erwarten seien. Bei der Investition in die Erweiterung der

Gewerbeflächen seien dagegen sehr wohl Rückflüsse zu erwarten. Die Gemeinde rechne in diesem Jahr allein mit rd. 9,5 Mio. Euro an Gewerbesteuererinnahmen. Umso wichtiger sei es, den Gewerbestandort Friedeburg weiter auszubauen. Leider sei die geplante Erweiterung aus naturschutzrechtlicher Sicht nicht wie geplant möglich. Es gebe bereits zehn ansiedlungswillige Betriebe, die alle in der Gemeinde Friedeburg investieren wollen. Aus seiner Sicht müsse die Gemeinde alle Hebel in Bewegung setzen, die Gewerbeflächen in Marx zu erweitern. Es sei ökologisch und ökonomisch sinnvoll, die vorhandenen Gewerbeflächen zu erweitern und nicht an einer anderen Stelle neue Gewerbeflächen auszuweisen.

Rh. Johansen berichtete, dass in der ersten Vorstellung der Haushaltsplanentwurf noch einen Fehlbetrag von 476.000,- € im Ergebnishaushalt auswies. Der Rat habe die Verwaltung beauftragt, den Entwurf zu überarbeiten und den Ausgleich herzustellen. Im vorliegenden Entwurf konnte durch Mehreinnahmen und Kostenreduzierungen ein Haushaltsausgleich hergestellt werden. Die SPD-Fraktion werde dem Entwurf zustimmen und sich der Verantwortung für das Zahlenwerk stellen. Wer die Zustimmung zum Haushalt verweigere dürfe aus seiner Sicht künftig keine Anträge stellen, die mit Kosten verbunden seien. Unter Abzug der Personalkosten in Höhe von rd. 7 Mio. Euro und der Transferleistungen von rd. 9 Mio. Euro blieben nur noch rd. 5,5 Mio. Euro für die Aufgabenerledigung übrig. Im investiven Bereich könnten vorrangig nur die Pflichtaufgaben erledigt werden. Seiner Ansicht nach müsse vom Rat und der Verwaltung mit den Ausgaben vorsichtig und umsichtig umgegangen werden.

Rfrau Stehle monierte, dass der Haushalt für das laufende Jahr erst zum Ende des 1. Quartals verabschiedet werde. Inzwischen seien die Zahlen zum Teil veraltet und neue Entwicklungen seien nicht umfassend berücksichtigt. Auch wenn der vorliegende Haushalt anscheinend ausgeglichen sei, werde mit einem Betrag von 750.000 Euro aus der Auflösung von Sonderposten das Ergebnis verbessert. Zur Verbesserung der Einnahmen würden der Politik in letzter Zeit mal mehr oder wenig fundierte Kalkulationen zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Investitionen seien zu 80% über Kredite finanziert, das erhöhe stetig die Verschuldung der Gemeinde. Wenn sich die Gemeinde hinsichtlich anderer Finanzierungsmöglichkeiten zum Beispiel für Investorenmodelle entscheide, verursache dies höhere Mietkosten bzw. Nutzungsgebühren. Zudem verliere die Gemeinde an Einflussmöglichkeiten. Die Gemeinde stehe vor großen Herausforderungen und für eine vernünftige Konsolidierung sei die Gemeinde noch lange nicht am Ziel. Üblicherweise würden die in den Haushalt einfließenden Investitionen zuvor beraten und beschlossen werden. Bzgl. der eingestellten Kosten für den Glockenturm fehle ihr die erforderliche Beschlussfassung. Auch würde sie sich eine Beteiligung der Kirche wünschen. Aus vorgenannten Gründen könne sie daher dem Haushalt nicht uneingeschränkt zustimmen.

Rh. Assing gab zu bedenken, dass die Behauptung von Rh. Johansen, es dürfe nur derjenige Forderungen stellen, der auch dem Haushalt zustimme, nicht haltbar sei. Bei der Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben sei frühestens nach zehn Jahren mit ersten Rückflüssen zu rechnen.

Rh. Gaidies sprach sich für den Erhalt der Wallhecken aus, anstatt Wallhecken an anderer Stelle neu aufzusetzen. Er gab zu bedenken, dass es viele Jahre dauern würde, bis neu angelegte Wallhecken den Status einer naturschutzrechtlichen Wallhecke erhalten würden.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 27.02.2019 wurde mit 21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zugestimmt:

- 1. Der Rat stimmt einer außerplanmäßigen Aufwendung zur Bildung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 572.500 Euro zu.**
- 2. Der Rat beschließt den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019.**

TOP 10 65. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 2 von Hesel "Amerika-Gelände" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2019-005

Rh. Behrends erklärte, dass mit der vorliegenden Planung die rechtlichen Voraussetzungen für das Amerika-Gelände geschaffen worden seien. Das Amerika-Gelände sei das Bindeglied zwischen Hesel und Heselerfeld. Dort würden sich die Vereine und Gruppen treffen. Aber auch von Touristen werde das Gelände gerne aufgesucht. Mit der neuen Schutzhütte hätte der Platz an Attraktivität gewonnen. Insgesamt sei das Amerika-Gelände ein Aushängeschild in der Gemeinde. Bzgl. der Nutzung des Geländes als Wohnmobilstellplatz sprach sich Rh. Behrends dafür aus, es nicht als Dauerwohnmobilstellplatz auszuweisen, sondern das Abstellen von Wohnmobilen nur als Ausnahme zuzulassen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 17.01.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

- 1. Den Abwägungsvorschlägen zu den in den Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen zur 65. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 2 von Hesel „Amerika-Gelände“ wird zugestimmt.**
- 2. Der Rat der Gemeinde Friedeburg beschließt unter Berücksichtigung der Ziffer 1 gemäß § 10 BauGB die 65. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 2 von Hesel „Amerika-Gelände“ einschließlich Begründung als Satzung.**

TOP 11 Resolution zur Verbesserung des Personalschlüssels in altersgemischten Gruppen der Kindertagesstätten
Vorlage: 2019-045

Rfrau Stehle sprach sich dafür aus, sich der Resolution anzuschließen. Sie gab allerdings zu bedenken, dass es sinnvoll sei, nicht nur in den altersgemischte Gruppen, sondern in allen Gruppen eine Drittkraft zu fordern. Bzgl. der Kleingruppen gab sie zu bedenken, dass diese nur von einer Kraft betreut würden. Wenn im KiTa-Gesetz die Rede von einer besseren Qualität sei, sei diese nicht näher erklärt. Die Erwartung, mit dem Gesetz mehr Personalkostenzuschüsse zu bekommen, sei ein Trugschluss.

Rh. Putschke verdeutlichte, dass mit der Resolution ein Zeichen bezüglich der Bedeutung der frühkindlichen Bildung gesetzt werde. Er plädiere dafür, eine analoge Resolution auf den Weg zu bringen bzw. die Resolution dahingehend zu erweitern, den Betreuungsschlüssel auch bei den Kleingruppen zu erhöhen.

Auf Nachfrage von Rh. Engelbrecht berichtete der BM, dass sich auch die Bürgermeister der Stadt Wittmund und der Samtgemeinde Holtriem dafür einsetzen, die Resolution in ihren Räten zu verabschieden.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 06.03.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Die Gemeinde Friedeburg schließt sich der Samtgemeinde Esens mit ihrer Resolution an und setzt sich für eine gesetzliche Erhöhung des Personalschlüssels in altersgemischten Gruppen im Kindertagesstättenbereich ein.

Rh. Assing sprach sich gegen die Erhebung einer Verwaltungsgebühr für die Inanspruchnahme des mobilen Beratungsbüros aus. Er gehe nicht davon aus, dass das Angebot so sehr in Anspruch genommen werde. Zudem gebe es in den Ortschaften die jeweiligen Ortsvorsteher, die in diese Aufgaben mit eingebunden werden sollten. Seiner Ansicht nach hätten Einwohner, die im Besitz eines Schwerbehindertenausweises mit mindestens dem Merkmal „G“ wären, den Anspruch, dass das mobile Beratungsbüro die Einwohner kostenfrei anfähre.

Rfrau Stehle erklärte, dass sie das von Rh. Assing vorgebrachte soziale Argument nur unterstützen könne. Sie vertrete darüber hinaus die Ansicht, dass der mit der zu erhebenden Gebühr verbundene Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis stehe und auch aus diesem Grunde auf die Erhebung einer Gebühr verzichtet werden sollte.

Rh. Gierszewski betonte, dass das Angebot in den Ortschaften nach wie vor kostenfrei sei. Lediglich für den Hausbesuch müsse die Verwaltungsgebühr bezahlt werden. Vergleichsweise würde die Inanspruchnahme eines Taxis um ein Vielfaches teurer sein. Aus seiner Sicht sollte versucht werden, das Angebot wie vorgeschlagen vorzuhalten. Ggf. müsse nach einer gewissen Anlaufphase über die Höhe der Gebühr nochmals beraten werden.

Rh. Gerbracht wies darauf hin, dass die weitere Entwicklung dahin gehe, dass sämtliche Angelegenheit langfristig auch online erledigt werden könnten. Er nahm den Hinweis von Rh. Assing auf und beantragte, den Kostentarif dahingehend zu ergänzen, dass für Menschen, die im Besitz eines Schwerbehindertenausweises seien, das Dienstleistungsangebot des mobilen Beratungsbüros kostenlos sei.

Mit 23 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme wurde beschlossen, den Beschlussvorschlag mit der von Rh. Gerbracht beantragten Ergänzung abzuändern.

Dem auf Antrag von Rh. Gerbracht geänderten Beschlussvorschlag wurde mit 23 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme zugestimmt:

Dem vorliegenden Entwurf vom 01.03.2019 der Satzung zur 3. Änderung der Verwaltungsgebührenordnung mit dem neuen Kostentarif für Hausbesuche des mobilen Beratungsbüros wird mit folgender Ergänzung zugestimmt:

19.3 Für Personen, die eine amtlich festgestellte Schwerbehinderung nachweisen können, ist diese Dienstleistung kostenlos.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 28.02.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Verwaltungsentwurf vom 28.02.2019 der Benutzungsordnung der Gemeinde Friedeburg für die Turnhallen Friedeburg (Schützenweg) und Etzel wird zugestimmt.

**TOP 14 Neuberufung einer Vertreterin des Jugendparlaments für den Ausschuss
für Planung und Umwelt
Vorlage: 2019-040**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 28.02.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Der Rat stellt durch Beschluss fest:

Für den Ausschuss Planung und Umwelt wird mit beratender Stimme zu allen öffentlichen Tagesordnungspunkten als Vertreterin des Jugendparlaments Maja Mienits berufen.

**TOP 15 Benennung von Vertretern in der Verbandsversammlung des OÖVV
Vorlage: 2019-041**

Dem Beschlussvorschlag aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus am 14.03.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Als Vertreter der Gemeinde Friedeburg in der Verbandsversammlung des OÖVV werden folgende Personen benannt:

- 1. Der Bürgermeister, im Vertretungsfalle der allgemeine Vertreter des Bürgermeisters**
- 2. Mitglied der CDU-Fraktion: Hermann Behrends
Vertretungsweise ein Mitglied der SPD-Fraktion: Walter Johansen**

**TOP 16 Personalangelegenheiten - Beförderung eines Beamten
Vorlage: 2019-030**

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 28.02.2019 wurde mit 24 Ja-Stimmen zugestimmt:

Der Gemeindeamtmann Nils Janßen wird zum nächsten 01. des Monats nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2019 zum Gemeindeamtsrat ernannt.

TOP 17 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 18 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 19 Anfragen und Anregungen

Rfrau Stehle erkundigte sich, ob und wenn ja, in welche Richtung sich die Gemeinde hinsichtlich der geplanten Errichtung eines LNG-Terminals für Flüssiggas äußern wolle. Der BM erklärte, dass gestern erst die Antragskonferenz stattgefunden und die Verwaltung erste Informationen bekommen hätte. Diese müssten zunächst ausgewertet werden. Auf jeden Fall werde die Gemeinde eine Stellungnahme abgeben und u.a. auf die Problematik der Bodenabsenkung hinweisen. Rfrau Stehle regte an, im Ausschuss für Planung und Umwelt am 03.04.2019 weitergehende Informationen zu geben.

Auf Nachfrage von Rfrau Stehle erklärte der BM, dass die STORAG ETZEL bzgl. einer Kostenbeteiligung für die Schaffung einer Löschwasserversorgung an der Kieskuhle in Etzel angeschrieben worden sei. Bisläng habe die Verwaltung noch keine Rückmeldung erhalten.

Rfrau Stehle wies auf die von der Umweltorganisation WWF ins Leben gerufene Aktion „Earth Hour 2019“ hin, bei der am Samstag, dem 30.03.2019, zwischen 20.30 und 21.30 Uhr als Zeichen für den Klimaschutz für eine Stunde das Licht ausgeschaltet werde. Auch umliegende Gemeinden und Städte würden sich an der Aktion beteiligen. Sie appellierte an ihre Ratskolleginnen und –kollegen sich dieser Aktion anzuschließen. Sie lobte die Initiative des Jugendparlaments zur Aktion „Fridays for Future“.

TOP 20 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schloss um 21:20 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer